
Impulsvortrag

**Bildungsbaustelle Baden-Württemberg:
Die aktuellen Bildungsreformen und ihre
Auswirkungen auf die berufliche Bildung**

**30. September 2014
Universität Konstanz**

„Berufsbildung zwischen Opferrolle und
Reformnotwendigkeiten“

Stefan Küpper
Geschäftsführer Südwestmetall
Verband der Metall- und Elektroindustrie
Baden-Württemberg e.V.
Politik, Bildung und Arbeitsmarkt

Meine Damen und Herren,

das Mantra der angeblich vernachlässigten Berufsbildung, die unter die Räder von Bildungsreformen und Akademisierung kommt, entspricht gegenwärtig einem gewissen Zeitgeist. Ich will daher bewusst in meinen Ausführungen mit einem Kontrapunkt starten und zu Beginn über die Chancen der aktuellen Reformen für die Berufsbildung sowie deren hausgemachte Probleme sprechen.

Eine große Chance für die Berufsbildung stellt die anstehende Bildungsplanreform in der Sekundarstufe I dar. Bei der Weiterentwicklung der Bildungspläne soll es um eine konsequente Kompetenzorientierung gehen und um eine passgenaue individuelle Förderung, aber auch um eine individuelle Begleitung der Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungs- und Lebensweg. Diese umfasst auch den Übergang in Ausbildung und Studium.

Das bedeutet, dass die zugrunde liegenden Bildungspläne durch die Kompetenzorientierung eine solche individuelle Förderung zulassen und zugleich ein Höchstmaß an Durchlässigkeit gewährleisten müssen. Aus diesem Grund unterstützen die Arbeitgeber das Ziel, die Anschlussfähigkeit in den unterschiedlichen Schularten der Sekundarstufe I durch die anstehende Reform der Bildungspläne zu verbessern. Ein einheitlicher Bildungsplan, der die unterschiedlichen Standards der Sekundarstufe I berücksichtigt, ist zielführend.

Ziel muss sein, die nach wie vor viel zu hohe Zahl junger Menschen, die nicht die notwendigen Ausbildungsvoraussetzungen mitbringen und den hohen Anteil von 15 Prozent eines Jahrgangs ohne jeden Berufsabschluss zu reduzieren.

Eine gute Berufsorientierung in unseren Schulen kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die Landesregierung will eine „Leitperspektive Berufsorientierung“ sowie ein

eigenes Fach „Wirtschaft und Berufsorientierung“ in den Bildungsplänen verankern.

Das bedeutet ein Quantensprung und verdient Lob und Unterstützung.

Die Themen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung müssen aber nicht nur an den Übergängen, sondern durchgängig im Bildungsplan verankert werden, um in den einzelnen Fächern und Fächerverbänden über alle Klassenstufen hinweg einen Berufsfeldbezug herzustellen. Das ist Aufgabe der Leitperspektive. Das eigene Fach „Wirtschaft und Berufsorientierung“ ab Klasse 7 hilft, Berufsfindung wirkungsvoll zu unterstützen. Berufsorientierung muss integraler Bestandteil der individuellen Förderung der Schüler von Anfang an sein. Und schließlich muss das Berufsorientierungskonzept in individuell passende Übergänge in Ausbildung, Studium und Beschäftigung münden.

Besonders gefordert sind hier die allgemeinbildenden Gymnasien. Hier ist die Berufsorientierung nach wie vor unterrepräsentiert. Angesichts der Tatsache, dass heute rund die Hälfte eines Schülerjahrgangs an dieser Schulart ist, können wir uns das in keiner Weise erlauben. Wenn hier mehr als bisher passieren sollte, dann wäre das vor allem eine große Chance für die Berufsbildung.

Eine weitere Chance bietet die aktuelle Debatte um Inklusion in unseren Schulen.

Gelungene Inklusion in den allgemeinbildenden Schulen gehört zu den zentralen Voraussetzungen, dass später der Einstieg in eine inklusive Ausbildung gelingen kann.

Die Wirtschaft unterstützt das Ziel der Inklusion. Für Unternehmen und Verbände entspricht es ihrer Verantwortung, dass behinderte Menschen mehr Chancen erhalten als bisher. Aus diesem Grund beraten seit Anfang dieses Jahres Inklusionslotsen des Bildungswerks der Baden-Württembergischen Wirtschaft im Rahmen des Projekts „Wirtschaft inklusiv“ und im Auftrag der Wirtschaft Unternehmen bei der Einrichtung behindertengerechter Ausbildungs- und

Arbeitsplätze. Das geschieht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den Herausforderungen in der Fachkräftesicherung nicht ohne Eigennutz.

Zwei Themen - Berufsorientierung und Inklusion - und zwei Chancen für unsere Berufsbildung im Land.

Meine Damen und Herren,

die spannende Frage ist nun, wie gut die Berufsbildung selbst darauf vorbereitet ist, sich zukünftigen Herausforderungen und veränderten Rahmenbedingungen zu stellen und anzupassen. Meine Bilanz dazu fällt durchaus kritisch aus. Ich will Ihnen dies in drei Punkten begründen:

1. Innovationen und hier vor allem innovative Lern- und Prüfungskonzepte setzen sich in der dualen Ausbildung nur sehr langsam und manchmal gar nicht durch.

Es gibt eine Tendenz, dass Bestehende zu glorifizieren und Veränderungen immer gleich als Bedrohung des Gesamtsystems zu betrachten. Zudem dominieren oftmals Organisations- und Machtinteressen gegenüber Sachargumenten. Außerdem verhindert eine zu hohe Regulierungsdichte immer wieder Innovationen.

Das zeigt sich beispielsweise bei der Diskussion um Modularisierungskonzepte, die im Tertiärbereich wie auch in der Weiterbildung ganz selbstverständlich und unumstritten zur Anwendung kommen, aber für die Berufsausbildung aus Sicht der Kritiker das Berufsprinzip bedrohen sollen.

Gleiches gilt, wenn es um die Weiterentwicklung von Prüfungsformen geht. So kämpft der „betrieblich Auftrag“ noch heute gegen viele Vorurteile an – andere Weiterentwicklungen wie z.B. die Verankerung der gutachterlichen Stellungnahme bleiben bereits in Diskussionsansätzen stecken und damit völlig ungenutzt.

Ein drittes Beispiel stellt die schleppende Entwicklung von flexiblen Einstiegskonzepten in Form von Teilqualifikationen und die mühsame Ordnungsarbeit bei neuen zweijährigen Berufen dar.

Gemessen an den Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft im immer schneller werdenden technologischen und wirtschaftlichen Wandel wirkt dies geradezu anachronistisch. Das gilt auch für die Entwicklungsgeschwindigkeit von Berufsbildern. Hier werden Zeiträume von zwei Jahren bereits als Erfolg gefeiert. Für die Anforderungen z.B. einer Industrie 4.0 ist dieses aber viel zu langsam.

Die regelmäßigen Erfolgsmeldungen über zahlreiche Neuordnungen von Berufen dürfen auch nicht darüber hinweg täuschen, dass gerade das Denken in tradierten Berufsstrukturen das Ausbildungssystem hinter dem technologischen und wirtschaftlichen Wandel hinterher laufen lässt.

Bezeichnend ist, dass die von Akteuren außerhalb der Berufsbildung geführten aktuellen Debatten um Änderungen im Ausbildungssystem – z.B. im Zusammenhang mit der Elektromobilität oder von Industrie 4.0 – auf Änderungen von Qualifikationsprofilen und individuellen Kompetenzen abzielen, während in der Berufsausbildung vorzugsweise über neue Berufsbilder diskutiert wird. Nicht zuletzt ist auch das ein Grund, warum es zu der oftmals beklagten sehr hohen

Zahl an Berufen gekommen ist, die ihrerseits ein Transparenz- und Akzeptanzproblem geschaffen hat.

2. **Die Berufsausbildung hat noch keine echte Antwort auf erhöhte**

Mobilitätsanforderungen und die Internationalisierung gefunden. Während sich der europäische Hochschulraum – mit allen Schwierigkeiten – im Rahmen des Bologna-Prozesses formiert und damit Mobilität und Vergleichbarkeit für Studierende und Absolventen vorangebracht werden, tut sich das duale System sehr schwer, ähnliches anzubieten. Für die Attraktivität und Weiterentwicklung der dualen Ausbildung ist das von Nachteil.

Die Entwicklung von Berufsausbildungsgängen im europäischen Kontext steckt unverändert in den Kinderschuhen, auch wenn es mittlerweile eine wachsende Zahl von Programmen und Unterstützungsstellen für die Entsendung von Auszubildenden in das europäische Ausland sowie Bemühungen der Gestaltung einer grenzüberschreitenden Berufsausbildung in Grenzregionen gibt.

Um die im Berufsbildungsgesetz geschaffene Möglichkeit noch besser nutzen zu können, Ausbildungsabschnitte im Ausland zu absolvieren und anrechnen zu lassen, müssen die Theorieanteile an den Berufsschulen entsprechend strukturiert werden. Ziel muss sein, Auslandsaufenthalte unabhängig von den Schulferien organisieren zu können. Um die zunehmende Internationalisierung – nicht nur in den kaufmännischen Berufen – zu berücksichtigen, ist das Angebot an berufsbezogenen Englischkursen auszubauen.

Bei aller berechtigter Wertschätzung für das duale System deutscher Prägung reicht es in diesem Zusammenhang eben nicht, die Vorzüge der eigenen Berufsausbildung als Beispiel für andere Länder herauszustellen und zur

Nachahmung zu empfehlen. Eine Europäisierung bzw. Internationalisierung in der Berufsausbildung setzt ein wechselseitiges Verständnis für Traditionen und Strukturen voraus und die Bereitschaft, vom jeweils anderen zu lernen.

3. **Die Versuche und Forderungen einer formalen Gleichstellung von**

Berufsbildungs- mit Hochschulabschlüssen sind völlig kontraproduktiv. Im

Zusammenhang mit dem Bolognaprozess ist immer wieder die Forderung nach formaler Gleichstellung der Berufsausbildungsabschlüsse mit

Hochschulabschlüssen zu vernehmen, weil damit vermeintlich „gleiche

Augenhöhe“ zwischen akademischer und beruflicher Bildung im europäischen

Kontext herzustellen sei. So gibt es z.B. den Vorschlag, Abschlüsse der dualen

Ausbildung mit dem Titel eines sogenannten „Bachelor Professional“ zu versehen.

Man mag den Protagonisten solcher Vorschläge noch gute Absichten unterstellen,

so wird doch dabei übersehen, dass dies zu einer beschleunigten Beschädigung

des Profils der dualen Berufsausbildung bei gleichzeitiger Verwässerung der

Hochschulabschlüsse beitragen würde. Denn die Gleichwertigkeit, die über einen

DQR mittlerweile sehr gut dargestellt werden kann, darf nicht mit einer

Gleichartigkeit verwechselt werden.

Warum sollen sich auch junge Menschen mit einem international völlig

unbekannten und kaum einzuordnen Titel „Bachelor Professional“ begnügen,

wenn sie heute auf vielfältigen und durchlässigen Wegen den „echten“ und

international anerkannten Bachelor erreichen können?

Ein Ausbildungssystem, dass sich gegen das eigene Profil und gegen eigene

Stärken versucht, mit „fremden Federn zu schmücken“, sendet nicht das Signal

aus, eine attraktive und zukunftsgerichtete Alternative für junge Menschen zu sein.

Meine Damen und Herren,

dieser fehlende Glaube an die eigene Stärke klingt jetzt auch wieder heraus, wenn es um die Auswirkungen der aktuellen Bildungsreformen auf die berufliche Bildung und deren vermeintliche Vernachlässigung geht. Nach meiner Wahrnehmung macht sich die aktuelle Diskussion dabei vor allem an drei Themen fest:

- Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung
 - Das postulierte Ziel „50 Prozent Studierende eines Schülerabgangsjahres“
- und
- Einführung der Gemeinschaftsschule

Mit allen drei Punkten wird der Vorwurf verbunden, das Abitur und ein anschließendes Hochschulstudium würden zu den prioritären Zielen der bildungspolitischen Reformen zu Lasten der Berufsbildung erhoben. Bei allem Respekt aber vor der aktuellen Landesregierung, so glaube ich doch, dass man sie hier in ihrer Wirkungsmächtigkeit völlig überschätzt.

Die Geschichte der Haupt- und Werkrealschule schien mir längst geschrieben zu sein, die Abstimmung mit den Füßen war längst im vollen Gange, bevor diese Landesregierung begonnen hat, ihre bildungspolitischen Ziele umzusetzen. Die Abstimmung mit den Füßen gegen die Haupt- und Werkrealschulen hat bereits vor vielen Jahren begonnen und ist durch den Wegfall der Grundschulempfehlung beschleunigt, aber keinesfalls ausgelöst worden.

In einer Gesellschaft, in der – richtigerweise – Bildung als der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg gilt und diese Botschaft mittlerweile von der Breite der Bevölkerung verstanden wird, ist es wenig überraschend, dass junge Menschen gemeinsam mit ihren Eltern hohe Ziele ins Auge fassen und dabei vor allem auf formale Abschlüsse und Zugangsberechtigungen blicken. Weitere Anschlussmöglichkeiten und die Option eines Studiums spielen dabei eine zentrale Rolle.

Die duale Berufsausbildung wird von vielen damit nicht in Verbindung gebracht und eher als ein Weg mit beschränkten Möglichkeiten wahrgenommen. Und dies nicht erst seit drei Jahren. Damit verknüpft sind zudem gesellschaftliche Statusfragen. Es gibt einen Trend zu höheren Schulabschlüssen und zum Erwerb der Fach- oder der allgemeinen Hochschulreife.

Der Trend zu höheren Schulabschlüssen ist auch nicht zu kritisieren, zeigt doch die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen und der Arbeitslosenquoten einen klaren Befund: bei steigenden Zahlen von Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss bewegt sich deren Arbeitslosenquote seit Jahren auf einem so niedrigen Niveau, dass von Vollbeschäftigung gesprochen werden kann. Aktuell liegt die Quote bundesweit bei 2,5 Prozent, die niedrigste aller Qualifikationsarten.

Zugleich erzielen Akademiker im Durchschnitt die höchsten Einkommen – und dieser Einkommensvorsprung ist in den letzten Jahren weiter angewachsen. So verdienten im Jahr 2000 Arbeitskräfte mit Tertiärabschluss ca. 40 Prozent mehr als Personen ohne. 2011 betrug der Verdienstvorschprung dann schon zwei Drittel. Damit liegt Deutschland auch im internationalen Vergleich an der Spitze.

Dabei hat sich der Akademiker-Begriff deutlich gewandelt. Heute existiert eine ausdifferenzierte Hochschul- und Studienlandschaft mit vielfältigen und unterschiedlichen Angeboten, die mehr theorie- oder mehr praxisorientiert ausgestaltet sein können. Gleichzeitig differenzieren sich auch die Erwerbs- und Berufsbiografien stetig aus und orientieren sich immer weniger an Entweder-oder-Entscheidungen: Die digitale Entscheidung „Ausbildung oder Studium“ hat ausgedient.

Vielmehr bieten praxisnahe Hochschulangebote in unterschiedlichen Formen von dualen Studiengängen wie z.B. praxisintegrierte Modelle der Dualen Hochschule Baden-Württemberg oder ausbildungsintegrierte Modelle, die man in sogenannten Kooperationsstudiengängen an Fachhochschulen findet, neue Möglichkeiten.

Die Betriebe schätzen diese neuen dualen Strukturen, da sie ein hohes Maß an Flexibilität in Kombination mit einer akademischen Ausbildung bieten. In Punkto Entwicklungsgeschwindigkeit sind sie der dualen Berufsausbildung deutlich überlegen. Neue duale oder kooperative Studiengänge werden nicht selten in Jahresfrist entwickelt und zugelassen.

In absoluten Zahlen dominiert unverändert die duale Ausbildung gegenüber dualen Studiengängen, doch ist unverkennbar, dass die dualen Studiengänge über die letzten Jahre ihren Marktanteil spürbar vergrößert haben. Im Bereich von Südwestmetall stieg der Anteil an den Neuverträgen von 17 Prozent im Jahr 2007 auf 25 Prozent im Jahr 2013. Dabei fällt auch die höhere Konjunktursensibilität der dualen Ausbildung gegenüber den Studiengängen der Dualen Hochschule auf.

Das duale System der Berufsausbildung hat damit sein Monopol der direkten Zusammenarbeit von zwei Lernorten – Betrieb und Berufsschule – verloren.

Diese verschiedenen Modelle und Angebote spiegeln vor allem auch den differenzierten Bedarf des Arbeitsmarktes wider. Die Fachkräftesicherung der Betriebe basiert auf Mitarbeitern, die in vielen unterschiedlichen Profilen dual und akademisch ausgebildet werden. Das heißt, die Facharbeiterausbildung bleibt für die Nachwuchssicherung weiterhin genauso unverzichtbar, wie die Hochschulausbildung vor allem in dualer Form an Bedeutung gewinnt.

Selbstredend bleibt die duale Berufsausbildung unverzichtbarer und zentraler Bestandteil jeder Fachkräftesicherungsstrategie in unseren Unternehmen. Sie gehört zu den großen Standortvorteilen und bietet hervorragende Karriereperspektiven als Facharbeiter.

Unternehmen brauchen aber genauso qualifizierte Hochschulabsolventen, um ihre führende Wettbewerbsposition zu erhalten und ausbauen zu können.

Hochqualifizierte haben eine herausragende Bedeutung für den Unternehmenserfolg und ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren noch weiter wachsen. Der technologische und technische Wandel, kürzere Innovationszyklen und ein hoher Internationalisierungsgrad der Wirtschaft fördern den Trend zur Höherqualifizierung und Akademisierung der Arbeitswelt. Deutschland ist bereits heute eine Wissensgesellschaft – und wird es in Zukunft noch mehr sein.

Der Hochschulausbau der letzten Jahre war damit eine logische und richtige Entscheidung. Er hat nicht nur auf eine Hochschulart gesetzt, sondern den breit gefächerten Bedarf der Unternehmen an unterschiedlichen Qualifikationsprofilen berücksichtigt und die richtigen fachlichen Schwerpunkte, z.B. bei den MINT-Studiengängen, gelegt.

Wenn nun die Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ihre volle Wucht entfalten wird, stellt sich die Frage nach der Positionierung der dualen Ausbildung noch einmal in ganz anderer Weise. Bislang zeigte sich die Entwicklung vor allem in einer Verschiebung der Anteile zwischen dem Studium und dem dualen Ausbildungssystem, bei relativ stabilen Zahlen für die Berufsausbildung und einem Anwachsen bei den Studierendenzahlen. Zukünftig dürfte es schwer fallen, die absoluten Zahlen für die duale Ausbildung stabil zu halten.

Meine Damen und Herren,

die langfristigen Trends des gesellschaftlichen, technologischen und demografischen Wandels dürften in ihren Auswirkungen auf die Berufsbildung also ungleich stärker wirken, als aktuelle bildungspolitische Reformen dies je könnten. Zumal diese Reformen zum Teil ja auch eine Antwort vor allem auf den gesellschaftlichen und demografischen Wandel sind.

Beunruhigen muss allerdings die Inkonsequenz in der bildungspolitischen Debatte. Das gilt wiederum in besonderer Weise für die vergangenen drei Jahre. Es wurde zu viel und zu überhastet auf einmal angegangen, und dies oftmals in der falschen Reihenfolge:

Wegfall der Grundschulempfehlung, Abwickeln der neuen Werkrealschule, das neue zehnte Hauptschuljahr, Gemeinschaftsschule, Hauptschulabschluss in der Realschule, neuer Zugang in die zweijährige Berufsfachschule, 6-jähriges berufliches Gymnasium, neue G9-Züge, usw., usf. Das macht ein System tendenziell unsteuerbar mit besonders schwierigen Konsequenzen für die beruflichen Schulen.

Es darf durchaus als Fehler bezeichnet werden, dass mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen nicht bis zum Vorliegen der Eckpunkte für die regionale

Schulentwicklungsplanung gewartet wurde. Auch ist nicht zu verstehen, dass bei der Frage des achtjährigen Gymnasiums die Uhren wieder zurückgedreht und neue G9-Züge aufgemacht wurden. Die Forderungen hinsichtlich weiterer G9-Züge, die über den bisher gemachten Kompromiss mit den 44 Projektschulen hinausgehen, werden aktuell von verschiedenen Seiten verstärkt.

Sollte es tatsächlich zu einer Ausweitung der G9-Züge an den allgemeinbildenden Gymnasien kommen, so würde das aus meiner Sicht folgendes bedeuten:

- Erstens: Wir machen von Beginn an den Aufbau einer starken zweite Säule mit Realschulen, Mittelschulen oder Gemeinschaftsschulen unmöglich. Wenn G9 zum neuen „Haupt-Schulangebot“ für die große Masse wird, dann ist jede wie auch immer geartete zweite Säule zu einem Dasein als Restschule verurteilt.
- Zweitens: Mit der flächendeckenden Rückkehr zu G9 würden wir in Baden-Württemberg mal eben rund 1.500 zusätzliche Lehrerstellen benötigen. Und was viel schlimmer wäre: wir entwickeln teure Parallelstrukturen, denn Baden-Württemberg hat bereits ein erfolgreiches und flächendeckendes G9-Angebot – mit dem Weg über die Realschule in die beruflichen Gymnasien, an denen heute bereits jede dritte allgemeine Hochschulreife erworben wird.

Es sind diese Systemfragen, die in ihren Auswirkungen völlig unterschätzt werden und die dann tatsächlich massiv zu Lasten der Berufsbildung und der beruflichen Schulen gehen können.

Meine Damen und Herren,

eine starke Berufsbildung braucht eine starke zweite Säule im allgemeinbildenden Schulsystem. Wir Arbeitgeber wollen endlich einen politischen Grundkonsens über die Weiterentwicklung unserer Schulstruktur. Dies wird in der Regel mit dem Begriff

„Schulfrieden“ verknüpft. Ein Begriff, der nicht jedem gefällt, den ich aber trotzdem verwende.

Um es klar zu sagen, das ist nicht die Forderung nach dem Ende des politischen Diskurses über die richtigen Wege in der Bildungspolitik. Es muss aber endlich Schluss sein mit ewigen Diskussionen um die Schulformen. Diese verunsichern Schüler, Eltern, Lehrkräfte und auch die Unternehmen. Deswegen werben die Arbeitgeber Baden-Württemberg für einen parteiübergreifenden und langfristigen Schulfrieden im Land.

Dieser sollte im allgemeinbildenden Schulsystem auf einem Zwei-Säulen- bzw. -Wege-Modell aufbauen – aus G8-Gymnasium und einem Schultyp, der den Hauptschulabschluss und den mittleren Abschluss als Regelabschlüsse anbietet und zugleich die Anschlussfähigkeit zu den gymnasialen Standards sicherstellt.

Dabei geht es um die richtige Balance zwischen innerer und äußerer Differenzierung. Dies ist für mich eine Frage der Pädagogik und eine Frage der Profilbildung, aber keine Grundsatzfrage. Ich gehe davon aus, dass die zweite Säule diese unterschiedlichen Profilbildungen weiter erleben wird und diese vor dem Hintergrund unterschiedlicher regionaler Bedarfslagen auch sinnvoll sind.

Unabhängig davon, wie die Landtagswahl 2016 ausgehen wird, erwarte ich, dass wir langfristig eine zweite Säule aus Realschulen, Verbundschulen und Gemeinschaftsschulen haben werden. Eine einheitliche Begrifflichkeit, unter der sich diese Profile im Sinne von selbstständiger Schule ausbilden können, wäre dabei hilfreich. Es muss uns gelingen, vor allem mit Blick auf die Eltern, diese zweite Säule als hervorragendes Angebot auf dem Weg in eine duale Berufsausbildung oder als ersten Abschnitt hin zu einem G9-Abitur darzustellen.

Umgekehrt muss sich die Berufsausbildung noch stärker den Absolventen der allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien zuwenden und deutlich machen, dass es auch die Perspektive einer Berufsausbildung mit Hochschulreife gibt. Dazu müssen auch verstärkt Angebote für leistungsstarke Schulabgänger einschließlich Abiturienten entwickelt werden.

Dazu zählen Auslandsaufenthalte mit Sprachkursen, Zusatzqualifikationen und die Verknüpfung einer Berufsausbildung mit Elementen der Aufstiegsfortbildung. Und wir müssen ein Angebot wie das dreijährige duale Berufskolleg stärker in den Blick nehmen und dessen Vorzüge aufzeigen.

Neben der Ausdifferenzierung mit Angeboten für Leistungsstarke im oberen Segment müssen aber auch niedrighschwellige Angebote für Leistungsschwächere entwickelt werden. Um sich im demografischen Wandel zusätzliche Zielgruppen zu erschließen und damit wirksam den Fachkräftemangel zu begegnen, muss das duale System seine integrative Leistung im Bereich benachteiligte Jugendlicher mit Ausbildungsrisiko verstärken. Es geht – wie bereits eingangs thematisiert – darum, die nach wie vor zu hohe Zahl von Menschen ohne jeden Berufsabschluss zu reduzieren – jeder sechste zwischen 25 und 35 hat keine abgeschlossene Berufsausbildung – und insgesamt das Qualifikationsniveau der Bevölkerung anzuheben.

Zu solchen niedrighschwelligen Einstiegsmöglichkeiten gehören berufsvorbereiten Module und Teilqualifikation sowie anschlussfähige zweijährige Berufe. Damit die Integration in Ausbildung und Beschäftigung gelingt, sind Unterstützungssysteme in Form von ausbildungsbegleitenden Hilfen für Unternehmen auszubauen.

Die vom Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg angestoßene Debatte um die Weiterentwicklung des Übergangsbereichs von Schule und Beruf weist dabei in die richtige Richtung. Die wesentlichen Inhalte sind:

- eine Intensivierung der beruflichen Orientierung an den allgemeinbildenden Schulen insbesondere an Gymnasien,
- die Dualisierung schulischer Ausbildungsvorbereitung für nicht ausbildungsreife Jugendliche durch umfangreiche Einbindung von Betriebspraktika,
- eine Qualifizierungsgarantie für berufsschulpflichtige Jugendliche, die beruflich orientiert und ausbildungsfähig sind und
- der Aufbau eines regionalen Übergangsmanagements, das Akteure und Aktivitäten des Übergangsbereichs vor Ort moderiert und koordiniert.

All das wird jetzt in vier Pilotregionen auf den Weg gebracht und getestet.

Bei heterogener werdenden Bewerberprofilen bieten unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten in modularen Konzepten die Grundlage für die notwendige Differenzierung und Flexibilisierung. Zur Differenzierung gehört auch die Entwicklung eines praktikablen Kurssystems in den Berufsschulen, das den Bedürfnissen der Betriebe und dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Auszubildenden Rechnung trägt.

Der Umgang mit mehr Heterogenität und eine stärkere Auffächerung der Angebote im dualen System sprechen für die Schaffung eines transparenten Mehrstufenmodells mit Teil-/ Einstiegs-/ Grundqualifikationen, 2-, 3- und 3,5-jährigen Berufen ohne und mit Erwerb der Fachhochschulreife, eines ergänzenden Angebots von auch auf

Aufstiegsfortbildungen anrechenbaren Zusatzqualifikationen und dem dualen Berufskolleg.

Durchgängige Merkmale dieses Modells sind die Dualität der Lernorte Schule und Betrieb, die Anrechnung von Lernzeiten und Prüfungsleistungen auf die jeweils nächste Stufe, ein flexibles, verlässliches und vergleichbares System von Prüfungen und Zertifikaten sowie eine funktionierende und übergreifende Qualitätssicherung bei Betrieben, Schulen, Bildungsträgern etc.

Um ein eigenes Profil zu schaffen, muss die duale Ausbildung attraktive, moderne und modularisierte „Breitbandberufe“ anbieten, die über betriebliche Einsatzgebiete betriebsspezifische Spezialisierungen zulassen. Dies ist einem Modell von „Spezialistenberufen“ vorzuziehen, die nur für wenige Unternehmen und Bewerber in Frage kommen und nur schwer zu beschulen sind. Modularisierte „Breitbandberufe“ würden auch die Ordnungsarbeit bei beschleunigtem technischem und wirtschaftlichem Wandel erleichtern.

Meine Damen und Herren,

ich komme zum Schluss und fasse zusammen:

1. Es gibt aktuelle Bildungsreformen, die stellen eine ausgesprochene Chance für die Berufsbildung dar. Stichworte sind: Berufsorientierung und Inklusion.
2. Das System der Berufsbildung muss die eigenen Schwächen vor allem bei der eigenen Innovationsfähigkeit konsequent angehen und darf dafür keinen Sündenbock suchen – z.B. bei aktuellen Bildungsreformen.

3. Die langfristigen Trends im gesellschaftlichen, technologischen und demografischen Wandel haben massive Auswirkungen auf die Berufsbildung – massiver als sie bei aktuellen Bildungsreformen sein können.
4. Ein unsystematischer und hektischer Reformaktionismus, der das Gesamtsystem aus dem Auge verliert, kann vor allem zu Lasten der beruflichen Schulen und der Berufsbildung gehen – Stichwort: Ausbluten der zweiten allgemeinbildenden Säule und der beruflichen Gymnasien.
5. Die duale Ausbildung muss sich weiteren Zielgruppen öffnen und sowohl Brücken für leistungsschwächere und benachteiligte Jugendliche in die Arbeitswelt bauen als auch bei Absolventen mit Hochschulreife präsent sein und für diese attraktive Angebote entwickeln.

Herzlichen Dank!